



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksamt Altona

Bezirksamt Altona - Dezernat Wirtschaft,  
Bauen und Umwelt - 22758 Hamburg

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt  
A/WBZ2 Fachamt Bauprüfung

###

Jessenstraße 1 - 3  
22767 Hamburg

Telefon 040 - 4 28 11 - 63 63  
Telefax 040 - 427 9 02570  
E-Mail Zentrum-Wirtschaft-Bauen-  
Umwelt@altona.hamburg.de

Ansprecherson: ###

Zimmer ###  
Telefon 040 - 4 28 11 - ###  
Telefax ###  
E-Mail ###

GZ.: A/WBZ/02883/2020

Hamburg, den 02. Oktober 2020

Verfahren  
Eingang

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO  
25.03.2020

Grundstück  
Belegenheit  
Baublock  
Flurstück

###  
206-015  
1468 in der Gemarkung: Altona-Nord

### Nachträgliche Ertüchtigung des 2. Rettungsweges

### GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.



WC

Sprechzeiten:  
nach Vereinbarung im Service Zentrum  
oder beim Sachbearbeiter

Öffentliche Verkehrsmittel:  
S1, S11, S2, S3, S31 Altona  
112, 37, 283, 288 Große Bergstraße

Die bauordnungsrechtliche Genehmigung erlischt nach § 73 Absatz 1 HBauO, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist.

Sie kann auf schriftlichen Antrag nach § 73 Absatz 3 HBauO jeweils um bis zu einem Jahr verlängert werden.

Dieser Bescheid schließt ein:

1. Erlaubnis nach § 18 Absatz 1 des Hamburgischen Wegegesetzes (HWG) in der geltenden Fassung für die Erweiterung zweier vorhandener Gehwegüberfahrten für die Feuerwehr im Bereich ###.

#### **Nebenbestimmung**

Die nördliche vorh. Überfahrt ist in einer maximalen Breite von 5,90m (Verbreiterung um 2,0m),

die südliche Überfahrt in einer maximalen Breite von 7,50m (Verbreiterung um 2,90m) jeweils gemessen an der Grundstücksgrenze, genehmigungsfähig.

Die Zufahrten sind durch Sperrelemente mit Feuerweherschließung gegen unerlaubte Nutzungen zu sichern.

Die Sperrelemente müssen auf Privatgrund aufgestellt werden.

Der Bereich der Zufahrt ist durch ein amtlich gekennzeichnetes Schild gemäß DIN 4066 mit der Aufschrift „Feuerwehrezufahrt“ zu kennzeichnen.

Der Baumbestand ist zu berücksichtigen. Äste dürfen nicht entfernt oder beschädigt werden.

Im Wurzelbereich der Bäume dürfen keine Aufschüttungen, Abgrabungen und Bodenbefestigungen vorgenommen werden. Der Wurzelbereich umfasst nach DIN 18920 den Kronentraufbereich plus 1,50 m (§ 14 Abs. 4 HBauO, Baumschutz VO).

Diese Erlaubnis wird unbefristet erteilt.

2. Aufgrabescheine  
Erlaubnisse gemäß § 22 Absatz 1 HWG für das Verändern bzw. Aufgraben des öffentlichen Weges (Aufgrabescheine).

#### **Nebenbestimmung**

Diese Erlaubnisse werden befristet erteilt, bis zur Fertigstellung der beantragten Baumaßnahme.

Die einzelnen Aufgrabungen sind mit der zuständigen Stelle für die Überwachung abzustimmen (siehe wegerechtliche Anforderungen).

3. Nach § 4 der Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Freien und Hansestadt Hamburg (Baumschutzverordnung) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Ausnahmegenehmigung erteilt, an sechs Ahornbäumen mit folgenden Stammdurchmessern (Baum Nr. 1: 80 cm, Baum Nr. 3: 57 cm, Baum Nr. 4: 46 cm, Baum Nr. 5: 48 cm, Baum Nr. 6: 43 cm und Baum Nr. 9: 60 cm) einen Kronenpflegeschnitt gemäß ZTV-Baumpflege sowie Eingriffe in den Wurzelbereich durchzuführen.

#### **Begründung**

Der Kronenpflegeschnitt an den beantragten Bäumen sowie die Eingriffe in den Wurzelbereich erfolgen zur Herstellung der Anleiterbarkeit für den 2. Rettungsweg.

### **Nebenbestimmung**

Ausführung der Pflegemaßnahmen ab sofort bis zum 28. Februar 2021

### **Planungsrechtliche Grundlagen**

Durchführungsplan                      205  
Baugesetzbuch

### **Ausführungsgrundlagen**

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

5 / 1	Allgemeine Baubeschreibung
5 / 2	Bau- und Projektbeschreibung
5 / 4	Flurkartenauszug / Karte
5 / 10	Lageplan Außenanlagen mit Feuerwehrfahr-/aufstellflächen
5 / 11	Grundriss / Erdgeschoss
5 / 12	Grundriss / 4. - 8. Obergeschoss
5 / 14	Gebäudeschnitt A-A'
5 / 16	Fällantrag
5 / 17	Anlage zum Fällantrag / Erläuterung
5 / 18	Lageplan / Baumbestandsplan
5 / 19	Bilddokumentation / Südfassade Schnittmaßnahmen
5 / 20	Bilddokumentation / Westfassade links Schnittmaßnahmen
5 / 21	Bilddokumentation / Westfassade rechts Schnittmaßnahmen
5 / 22	Bilddokumentation / Ostfassade Schnittmaßnahmen
5 / 24	Lageplan / Anpassung Gehwegüberfahrten
5 / 37	Bau- und Projektbeschreibung
5 / 38	Foto / Darstellung Stützwandverlauf
5 / 39	Straßenverkehrsfläche

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.  
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

### **Erteilte Abweichungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften**

4. Folgende naturschutzrechtliche Befreiung wird nach § 67 Abs. 1 BNatSchG erteilt
  - 4.1. Es wird eine naturschutzrechtliche Befreiung nach § 67 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) für die Durchführung der o.a. Maßnahme in der Zeit von 1. März bis 30. September 2020 erteilt.
  - 4.2. Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen nach § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind zu beachten.

### **Begründung**

Gemäß § 67 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BNatSchG kann eine Befreiung gewährt werden, wenn die Durchführung des Sommerfällverbotes im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist. Die Kronenpflegemaßnahmen erfolgen zur Herstellung eines ordnungsgemäßen Brandschutzes und finden nur im geringen Umfang statt. Die Abweichung ist unter der nachfolgenden Bedingung und weiteren Auflagen mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar.

### **Auflösende Bedingung**

Die Genehmigung wird unwirksam, wenn

- 4.3. sich aktuelle Brut- oder Wohnstätten von Vögeln oder Säugetieren in den Bäumen oder im näheren, betroffenen Umfeld befinden oder während der genehmigten Maßnahmen entdeckt werden. Die jeweiligen Arbeiten an dem Baum sind dann unter Wahrung der Verkehrssicherheit zu beenden und erst nach Rücksprache und mit Zustimmung der zuständigen Dienststelle fortzusetzen (§ 39 und § 44 BNatSchG).
- 4.4. Sollten besonders oder streng geschützte Arten vorkommen, muss mit den genehmigten Maßnahmen bis zum Ende der Brut- und Setzzeit gewartet bzw. mit der Fachbehörde eine Alternative abgestimmt werden. Für dahingehende Ausnahmegenehmigungen ist die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) zuständig.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

Anlage - ###

Unterschrift

### **Gebühr**

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

### **Weitere Anlagen**

Formblatt - Mitteilung über die Innutzungnahme  
Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG  
Merkblatt – Baumschutz auf Baustellen

Transparenz in HH

## Anlage

### STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Transparenzportal Hamburg veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Transparenzportal wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Errichtung

Art der beantragten Anlage: Gebäude, Gebäudeklasse 5

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Reines Wohngebäude

Zahl der Vollgeschosse: 0 Vollgeschosse